

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Energiepolitik: Es müssen auch notwendige Entscheidungen fallen

Der «Energiebericht 1988» setzt sich kritisch mit der bisherigen Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen auseinander

Die Arbeitsgruppe «Energie», die in der letzten Woche ihren «Energiebericht 1988» veröffentlicht hat, setzt sich recht kritisch mit der bisherigen Umsetzung der im Energiekonzept von 1977 festgehaltenen Massnahmen auseinander. Es genüge nicht, heisst es im «Energiebericht 1988», nur Entscheidungsgrundlagen zu liefern: «Es müssen auch die Entscheidungen fallen und deren Verwirklichung muss erfolgen.»

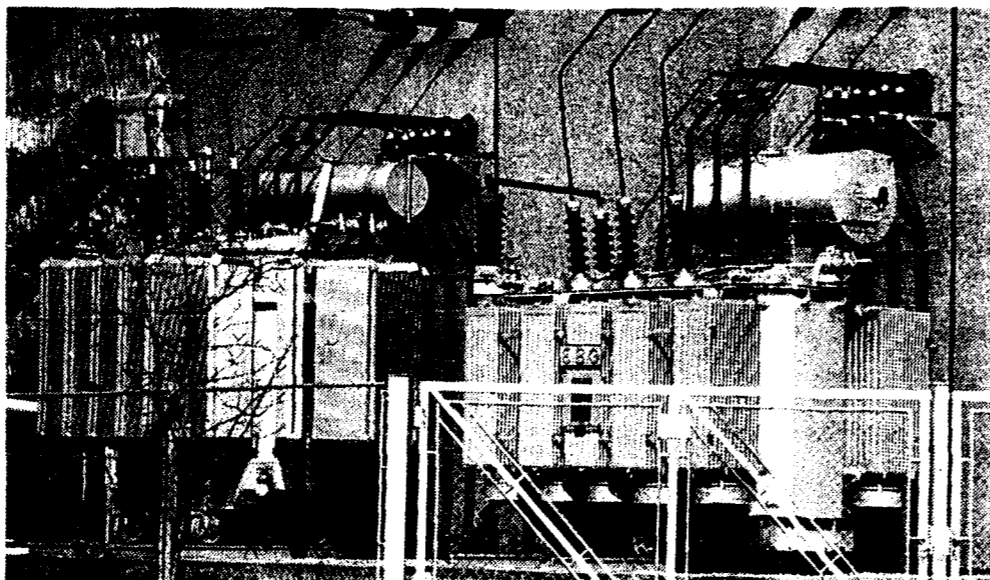
Das Energiekonzept von 1977 sah für die liechtensteinische Energiepolitik der Zukunft folgende Ziele vor:

- möglichst grosse Unabhängigkeit unseres Landes von Importenergie (Versorgungssicherheit)
- Ausrichtung des Energiebedarfs auf möglichst viele Energieträger (Diversifizierung)
- Einschränkung des Energieverbrauchs (Sparen)
- Beachtung der Belange des Umweltschutzes in der Energiepolitik
- Wirtschaftlichkeit der Energie

Ein Jahrzehnt später ist dazu festzustellen, schreibt die Energiekommission, dass «die Umsetzung des Energiekonzeptes durch Zuweisung bestimmter Aufgaben an die Ämter nur unvollkommen erfolgt ist.»

Steuerungsmassnahmen nur bedingt möglich

Über eine Änderung der heutigen Situation auf dem Energiemarkt macht sich die Kommission für die Zukunft wenig Illusionen. Wenn man von einer liechtensteinischen Energiepolitik spreche, müsse man sich bewusst sein, dass unser Land auch künftig «sehr stark vom Energieimport und damit vom Ausland abhängig» sei. Erdöl, Erdgas und Elektrizität sind und werden nach Auffassung der Kommission zumindest mittelfristig die bedeutendsten Energieträger bleiben und unseren Energiebedarf weitgehend abdecken. Steuerungsmassnahmen im Bereich der einzelnen Energieträger seien nur durch gezielte finanzielle Förderung und gesetzliche Vorschriften und Auflagen möglich. Doch gerade in diesem Bereich stellt die Energiekommission der Regierung ein schlechtes Zeugnis aus, da nur wenige der vorgeschlagenen Massnahmen innerhalb eines Jahrzehnts in die Tat umgesetzt worden seien. So hatte das Energiekonzept 1977 beispielsweise empfohlen, bestimmte Massnahmen zur Einsparung und Diversifikation der Energie zu subventionieren und durch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten zu fördern. Verwirklicht wurde bisher, als «Massnahme grossen Stils», einzig die Darlehensvergabe an die liechtensteinische Gas-



Der Stromverbrauch in unserem Land nimmt seit vielen Jahren stetig zu. Wie aus dem «Energiebericht 1988» der Energiekommission hervorgeht, wird der elektrische Strom noch lange Zeit eine grosse Rolle in unserer Energieversorgung spielen. Allerdings würden, wenn die entsprechende Aufklärung stattfindet, auch Einsparungsmöglichkeiten bestehen.

versorgung. Sonst ist nach Auffassung der Energiekommission wenig geschehen: «Die Einführung direkter oder indirekter finanzieller Fördermassnahmen wurde geprüft, jedoch bislang nicht realisiert.» Die Umsetzung der landes-

von Fernwärmeversorgungen und der Reduktion des Individualverkehrs.

Auf der anderen Seite gibt die Energiekommission zu bedenken, dass beim heutigen Wohlstand die Bereitschaft zum Energiesparen «leider zu wenig ausgeprägt» sei und dass sich der Energiekonsument «sehr stark an marktwirtschaftlichen Kriterien» orientiere. Eine Umstellung bzw. Verlagerung auf umweltfreundlichere Energieträger sei jedoch nur dann durchsetzbar, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen garantiert seien. Der gesunkene Ölpreis verheisst momentan wenig Hoffnung auf eine Änderung. Doch auch im politischen Bereich werden die Chancen auf eine Verwirklichung der verschiedenen Vorschläge nicht allzu hoch eingeschätzt: «In den vergangenen zehn Jahren wurden vor allem jene Massnahmen in die Praxis umgesetzt, wo einerseits ein klarer politischer Wille und Auftrag vorhanden war (Baugesetzrevision, Gasversorgung) bzw. wo die Einführung oder Durchführung der Massnahmen im generellen Interesse der Bewohner unseres Landes lag und keine ernsthaften politischen wie materiellen Schwierigkeiten zu erwarten waren.» (G.M.)

Der Stromverbrauch stieg 1987 um 7,5 Prozent

Die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) veröffentlichten den technischen Jahresbericht

Seit 1955 ist der Stromverbrauch in unserem Land, abgesehen von einer Stagnation 1963, mit mehr oder weniger grossen Zuwachsraten kontinuierlich angestiegen. Für das Jahr 1987 betrug der Zuwachs, wie aus dem Technischen Jahresbericht der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) hervorgeht, insgesamt 7,5 Prozent. Die Importe an elektrischer Energie beliefen sich, positiv beeinflusst durch ein relativ gutes hydrologisches Jahr, negativ belastet durch den Ausfall des sich im Ausbau befindlichen Lawenawerks, auf knapp 150 Millionen Kilowattstunden (kWh), was einem Zuwachs von 6,7 Prozent entspricht.

Von Januar bis Dezember 1987 wurden im Landesnetz insgesamt 196,1 Millionen kWh (184,2 Millionen kWh) Strom verbraucht. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr belief sich auf 13,7 Millionen kWh oder auf 7,5 Prozent. Im Vergleich dazu betrug die Verbrauchssteigerung in der Schweiz nur 2,8 Prozent während des gleichen Zeitraumes.

Mehr Eigenenergie als 1986

Obwohl das Kraftwerk Lawena wäh-

rend fast des gesamten Jahres durch die Erneuerungsarbeiten ausfiel, konnte die Eigenenergie an Strom auf 47,6 Millionen kWh (43,4 Millionen kWh) gesteigert werden. Die Mehrerzeugung belief sich gegenüber dem Vorjahr auf 4,3 Millionen kWh oder auf 9,8 Prozent. Die langfristige Betrachtung der Eigenenergie lässt jedoch erkennen, dass das Volumen der Eigenenergie deutlich (rund 11,5 Prozent) unter der durchschnittlichen Eigenproduktion der letzten zwanzig Jahre liegt.

Mehr Energiezukauf als 1986

Aus dem gestiegenen Landesverbrauch und der leicht gestiegenen Eigenproduktion lässt sich berechnen, dass der Energiezukauf auch im letzten Jahr deutlich zugenommen haben muss, auch wenn er leicht unter der Zuwachsrate des Gesamtverbrauches liegt. Nach dem Bericht der LKW wurden von den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK) und der Firma Jenny & Spoerry insgesamt 149,3 Millionen kWh zugekauft, was einer Zuwachsrate von 6,7 Prozent entspricht. Mit

der Inbetriebnahme des erneuerten Lawenawerkes, das seit Ende 1987 rund die doppelte Energiemenge liefern kann, dürfte sich diese Bilanz im laufenden Jahr wieder leicht in Richtung erhöhter Eigenproduktion verschieben.

Abdeckung von 25 Prozent

Die Abdeckung des Landesstromverbrauches durch die Eigenproduktion im Kraftwerk Samina belief sich im letzten Jahr noch auf 24,3 Prozent, war aber aufgrund der unterschiedlichen Wasserführung der Zuflüsse sehr unausgeglichen. Mit 51,7 Prozent war der Abdeckungsgrad im Juli 1987 am grössten, mit 11,1 Prozent im November am geringsten. Die Produktionsergebnisse waren, wie es im LKW-Bericht heisst, rund 11,5 Prozent unter dem langjährigen Mittel.

Die Energie-Exporte an die NOK nahmen sich im Berichtsjahr 1987 recht bescheiden aus: Lediglich 53000 kWh Strom konnten abgegeben werden, wobei sich der Export auf die Wochenenden in der Niedertarifzeit der Monate Mai bis August beschränkte. (G.M.)

Liechtenstein hilft Kanton Graubünden

700 000 Franken für Projekte nach den schweren Unwettern

(paf) - Der Kanton Graubünden ist von den Unwettern des Sommers 1987 besonders schwer betroffen worden. Im Einvernehmen mit den Kantonsbehörden hat die Regierung deshalb im Rahmen der liechtensteinischen Hilfeleistungen zur Behebung der Unwetterschäden Landesbeiträge für Wiederinstandstellungsprojekte in den Bündner Gemeinden Poschiavo, Sumvitg und Sta. Maria im Münstertal im Gesamtbetrag von 700 000 Franken zur Verfügung gestellt.

Die Kosten für die Instandstellung und bauliche Präventivmassnahmen im Kanton Graubünden übersteigen den Betrag von 110 Millionen Franken. Trotz ausserordentlichen Bundesbeiträgen, Subventionen und Finanzausgleichsbeiträgen müssen die betroffenen Gemeinden Mittel aufbringen, die ihre Finanzkraft bei weitem übersteigen. In Absprache mit den zuständigen Stellen des Kantons unterstützt die Regierung drei Gemeinden aus verschiedenen Bündner Regionen, die das Schadensmass besonders hart trifft. So wird der Gemeinde Poschiavo, wo die beiden Seitenbäche Val Pednale und Ursé grosse Schäden im Wohngebiet verursachten, für die geplanten Verbauungen zur Ufer- und Sohlensicherung ein Solidaritätsbeitrag ausgerichtet. Von Liechtenstein mitfinanziert werden im weiteren Sicherungs- und Instandstellungsarbeiten in den beiden Bündner Gemeinden Sumvitg und Sta. Maria im Münstertal.

Spende an den Kanton Tessin

Von den Unwettern des vergangenen Sommers ist auch der Kanton Tessin betroffen worden. Der Tessiner Staatsrat hat für die Wiederinstandstellung der Unwetterschäden einen Fonds eröffnet, der von Liechtenstein mit einem Landesbeitrag von 250 000 Franken bedacht wird.

Insgesamt hat Liechtenstein bisher im Rahmen der Solidaritätsbeiträge an die betroffenen Regionen in den Kantonen Wallis, Uri, Graubünden und Tessin sowie im Bundesland Tirol Mittel in der Höhe von 1 525 000 Franken bereitgestellt.

Schweiz untersucht die Hochwasserkatastrophen

Bern (AP) Die Ursachen der verheerenden Hochwasserereignisse des vergangenen Jahres in der Schweiz werden detailliert abgeklärt. Der Bundesrat hat am Montag 2,5 Millionen Franken bewilligt, mit denen in den kommenden drei Jahren rund ein Dutzend wissenschaftliche Studien finanziert werden. Dabei soll unter anderem untersucht werden, inwieweit Einflüsse des Menschen und der Zustand des Waldes zur Bildung dieser Hochwasser beigetragen haben, oder ob es sich um ausserordentliche Ereignisse einer nie ganz beherrschbaren Natur handelt.

Vor allem von Umweltschutzkreisen war argumentiert worden, dass das verdichtete Bauen und der prekäre Waldzustand massgeblich für die Wasserkatastrophen verantwortlich seien. Wie das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) mitteilte, werden mit dem Kredit Forderungen von drei parlamentarischen Vorstössen erfüllt, welche nach den Hochwasserereignissen eingereicht wurden. Allein im Flussbausektor waren im vergangenen Sommer vor allem in den Kantonen Bern, Uri, Schwyz, Graubünden, Tessin und Wallis Schäden von rund 300 Millionen Franken verursacht worden. Insgesamt wurden die Unwetterschäden auf rund 1,1 Milliarden geschätzt. Für die Finanzierung der von den Subventionen nicht gedeckten Restkosten soll das Parlament in der laufenden Märzsession rund 170 Millionen Franken bewilligen.

Die nun in die Wege geleiteten Untersuchungen werden von Hochschulinstituten, Forschungsanstalten und privaten Firmen durchgeführt.

Weniger Flugbewegungen auf Flughafen Hohenems

Bregenz (spk) Auf dem umstrittenen Voralberger Flughafen Hohenems sollen die Flugbewegungen eingeschränkt und die Ruhezeiten verlängert werden. Das erklärte der Voralberger Landeshauptmann Martin Purtscher am Wochenende in Bregenz. Sowohl Purtscher als auch der Aro-Club als Flughafenhalter rechnen nach diesen Zugeständnissen offenbar damit, dass die vom Fluglärm betroffenen Bewohner einer geplanten Fluglinie von Voralberg nach Wien eher zustimmen werden.

BURO MARKER
Büro-Systeme
Südstrasse 1, 9400 Vaduz
Telefon 088/63310

Europaparlamentarier zu Gast in Liechtenstein

Informationsbesuch von Mitgliedern des Europäischen Parlaments - Besichtigung der Hilti AG

(paf) - Auf Einladung der Ständigen Vertretung Liechtensteins beim Europarat weilen zur Zeit mehrere Mitglieder des Europäischen Parlaments zu einem Informationsbesuch in Liechtenstein.

Die Europaparlamentarier wurden gestern von Seiner Durchlaucht Erbprinz Hans Adam auf Schloss Vaduz empfangen und waren Gäste der Regierung bei einem gemeinsamen Mittagessen. Das Rahmenprogramm, das heute fortgesetzt wird, sah eine Besichtigung der Firma Hilti AG in Schaan sowie einen Besuch in der Ausstellung «Von Brueghel bis Rubens» in den Räumen der liechtensteinischen Staatlichen Kunstsammlung vor. Gestern abend trafen die Mitglieder des Europäischen Parlamentes mit der liechtensteinischen Parlamentarierdelegation beim Europarat und bei der EFTA zu einem Meinungsaustausch und einem abschliessenden Abendessen zusammen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den EFTA-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft (EG) sowie die Zusammenarbeit des Europarates mit der EG, unter besonderer Berücksichtigung der liechtensteinischen Situation, standen im Mittelpunkt der Diskussionen.



Die Mitglieder des Europäischen Parlaments besichtigten gestern unter Führung von Dr. Walter Oehry (links) die Firma Hilti AG. Begleitet wurden die Gäste von S. D. Prinz Nikolaus (Mitte). Am Abend gab S. D. Erbprinz Hans Adam einen Empfang auf Schloss Vaduz, und anschliessend trafen die Besucher mit der liechtensteinischen Parlamentarierdelegation beim Europarat und bei der EFTA zu einem Meinungsaustausch zusammen. (Bild: Beat Schurte)